

POSTULAT von Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten), Leandra Columberg (SP, Dübendorf) und Laura Huonker (AL, Zürich)

betreffend Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen

Der Regierungsrat wird gebeten, Grundausbildungen und Weiterbildungen für die Kantons- und Gemeindepolizeien, die Gerichtbarkeit, sowie die Verwaltung zu schaffen, um diese für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen zu schulen.

Hannah Pfalzgraf
Leandra Columberg
Laura Huonker

Begründung:

Trotz vieler Fortschritte im Kampf für die Rechte von LGBTI-Menschen bleibt ein langer Weg zu gehen, bis tatsächlich Gleichstellung erreicht ist. Insbesondere erleiden LGBTI-Menschen im Kanton Zürich regelmässig psychische und körperliche Gewalt. So erfasst die im November 2016 ins Leben gerufene Helpline der LGBT-Dachverbände im Durchschnitt schweizweit zwei Hassdelikte pro Woche, wobei das Ausmass der körperlichen Gewalt mit fast einem Drittel der Fälle besonders schockierend ist. Die Dunkelziffer nicht gemeldeter Fälle ist zudem sehr hoch.

Die häufige Straflosigkeit eines grossen Anteils der LGBTI-feindlichen Aggressionen treibt die Opfer in Schweigen, Angstzustände, Isolation und manchmal in den Suizid (insbesondere Jugendliche). Es wird geschätzt, dass bloss 10-20 % der LGBTI-feindlichen Gewaltfälle angezeigt werden. Laut Schweizer Kennzahlen laufen junge Lesben, Bisexuelle und Schwule zwei- bis fünfmal mehr Gefahr, einen Suizidversuch zu unternehmen als heterosexuelle männliche und weibliche Jugendliche. Bei trans Menschen ist die Gefahr sogar zehnmal höher als bei cis Personen.

In Anbetracht der gegenwärtigen Zunahme von physischen und verbalen Angriffen gegenüber LGBTI-Menschen, die den kantonalen und nationalen Organisationen gemeldet werden, ist es umso dringlicher, die derzeitige Praxis der Polizei zu ändern und die Justiz- und Polizeibehörden sowie die Verwaltung in einer Grundausbildung zu schulen sowie Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.